

Kampusch: Zeugen zu Amtsmissbrauch alle vernommen

Innsbruck – Im Ermittlungsverfahren gegen fünf Staatsanwälte, denen Amtsmissbrauch im Zusammenhang mit ihrer Arbeit am Fall Natascha Kampusch vorgeworfen wird, wurden nun alle Zeugen gehört. Das erklärte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Innsbruck, Hansjörg Mayr, am Dienstag.

Wie DER STANDARD berichtete, wurden die Ermittlungen als Reaktion auf einen Brief des Ex-Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Johann Rzeszut, der selbst in der Kampusch-Evaluierungskommission saß, aufgenommen. Rzeszut warf den Staatsanwälten vor, Hinweisen auf weitere Täter im Entführungsfall Kampusch nicht sorgfältig genug oder gar nicht nachgegangen zu sein.

Prüfung bis September

Da der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Werner Pleischl, und der Leiter der Staatsanwaltschaft Graz, Thomas Mühlbacher, unter den Beschuldigten sind, wurde das Verfahren an die Staatsanwaltschaft Innsbruck weitergeleitet. Diese beauftragte ihrerseits – um Befangenheit innerhalb der Anklagebehörde ausschließen zu können – einen Richter mit den Zeugeneinvernahmen. Ermittlungsrichter Georg Putz soll laut Staatsanwaltschaft „umfangreiche Vernehmungsprotokolle angefertigt“ haben, die nun bis September geprüft werden.

Unter den Zeugen waren neben Rzeszut und dem Ex-Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Ludwig Adamovich, auch alle anderen Kommissionsmitglieder und involvierte Polizisten. Dienstag wurde auch offiziell bestätigt, dass die einzige Tatzeugin von 1998, die damals zwölfjährige A., vom Richter einvernommen wurde. Ob sie dabei – wie vor Jahren gegenüber der Polizei – bestätigte, einen zweiten Mann neben Wolfgang Priklopil gesehen zu haben, will man bei der Staatsanwaltschaft nicht kommentieren. (cms)

„Es ist nicht gut, wenn Cretu böse ist“

Prozess gegen einen rumänischen Zuhälter, der gemeinsam mit zwei Handlangern eine Prostituierte mit Benzin übergossen und angezündet haben soll. Er leugnet die Tat und sagt, er sei doch nur ein „Bodyguard“.

Roman David-Freihsl

Wien – Cretu war richtig sauer. Und „es ist nicht gut, wenn Cretu böse ist“, weiß sein Cousin, der neben ihm auf der Anklagebank im Wiener Straflandesgericht sitzt. Der große, durchtrainierte Rumäne mit gewellten Haaren, dessen Spitzname „Cretu“ auf gut Wienerisch „Schneckerl“ bedeutet, hatte auf der Linzer Straße in Wien-Penzing gearbeitet. Er kassierte „Standgeld“ auf dem Straßenstrich und war dort für seine brutalen Methoden gefürchtet.

Brutal wurde er, wenn er böse war – und sauer war er diesmal auf eine Prostituierte, die sich weigerte, ihm das geforderte „Standgeld“ zu zahlen. Am 16. Mai erwischten er und zwei Handlanger die Frau schließlich in der Favoritener Disco Fantastique. „Wann willst du endlich zahlen? Du schuldest mir schon 3000 Euro“, forderte Cretu von der jungen Rumänin. Sie weigerte sich und wurde mit Stößen und Ohrfeigen in ein Nebenzimmer befördert.

Dort setzte es weitere Schläge – sie wollte immer noch nicht zahlen. Cretu setzte nach: „Wenn ich dich anzünde – zahlst du dann?“ Zunächst forderte Cretu seinen Cousin auf, ihr mit dem Feuerzeug die Haare anzuzünden. Das hatte noch nicht die gewünschte Wirkung für den Zuhälter. Er schickte seinen Chauffeur hinaus zum Wagen, eine Flasche Benzin zu holen. Der Cousin schüttete den Treibstoff über die Prostituierte, und Cretu zündete sie an.



Der Zuhälter, den sie „Cretu“ nannten, verhüllt sich im Wiener Landesgericht. Das Gesicht jener Prostituierten, die mit Benzin übergossen und angezündet wurde, ist für immer entstellt. Foto: APA/Hochmuth

Die Frau erlitt zweit- und drittgradige Verbrennungen im Gesicht, Kopf- und Halsbereich und an der Brust. Sie dürfte 30 bis 60 Sekunden in Flammen gestanden sein, ehe es ihr gelang, die Flammen einzudämmen. Dabei verbrannten auch ihre Hände.

Danach soll Cretu ihr noch gesagt haben: „Diesmal habe ich dich nicht getötet. Das nächste Mal gibst du mir das Geld.“ Sein Cousin sagt vor Gericht: „Es war ein Beispiel, damit die anderen Angst bekommen.“

Zuletzt wurde die Rumänin vom Chauffeur zu einem Spital gefahren. Laut ihrer Aussage wurde sie unterwegs weiter bedroht und geschlagen – sie solle ja keinem Menschen erzählen, wer das getan habe. Vor dem Eingang des Kran-

kenhauses sei sie aus dem Auto gestoßen worden, „wie ein Hund“.

Der Fall war diesen März schon einmal vor Gericht – angeklagt war damals allerdings lediglich eine absichtliche schwere Körperverletzung mit Dauerfolgen. So etwas sei ein typischer Denkkzettel in diesem Milieu, wie auch die Verteidigung argumentierte. Und Cretu selbst erklärte: „Hätten wir was Schlimmeres machen wollen, hätten wir sie von der Straße weggebracht und in den Wald gebracht, und niemand hätte etwas gemerkt.“

Dann allerdings bestätigte eine Gerichtsmedizinerin nach Rücksprache mit den behandelnden Ärzten, dass beim Opfer sehr wohl Lebensgefahr bestanden habe – daher muss jetzt ein Schwurger-

richt entscheiden, ob es nicht doch ein Mordversuch war.

Und wie schon in der ersten Verhandlungsrunde beschuldigen sich die drei Angeklagten gegenseitig. Der Cousin sagt, Cretu habe die Frau angezündet, der Chauffeur will überhaupt kaum etwas mitbekommen haben – er habe lediglich das Benzin aus dem Auto geholt und sich rein gar nichts dabei gedacht. Und Cretu? Der behauptet, er sei nur dort gewesen, habe überhaupt nichts getan – und sein Cousin habe mit dem Feuerzeug gespielt. Er habe dann sogar die Flammen gelöscht. Ein Zuhälter sei er ja auch nicht, eher so etwas wie ein Bodyguard. „Ich habe nicht gewusst, was die mit Frauen machen.“

Der Prozess wird am Donnerstag fortgesetzt.

Mit neuen Steuern Budgetlöcher stopfen

SPÖ sucht nach Einnahmequellen für Linz – ÖVP will bei freiwilligen Leistungen sparen

Kerstin Scheller

Linz – Oberösterreichs Landeshauptstadt steuert auf ein Finanzdebakel zu. Hineingelenkt in diese prekäre Situation hat sie sich selbst. 2007 schloss der Linzer Finanzdirektor Werner Penn zur Absicherung einer 195-Millionen-Franken-Anleihe ein hochspekulatives Swap-Geschäft ab. Wegen des steigenden Franken-Kurses entpuppte sich der Deal mit der Bawag jedoch als ein gewaltiges Verlustgeschäft. Fast das Doppelte der Kreditsumme, 264 Millionen Euro, soll der Stadt der Franken-Swap jetzt kosten.

Verantwortlich für das drohende Desaster macht Finanzstadtrat Johann Mayr (SPÖ) den angeblich eigenmächtig agierenden Finanzdirektor sowie die Ba-

wag. Direktor Penn trat Ende März zurück; wegen mangelnder Risikoaufklärung, Wucher und arglistiger Täuschung wird die Stadt die Bank klagen und fordert eine Rückabwicklung des Swap-Geschäfts.

Auch ohne Spekulationsverlust ist die Finanzlage der Stadt mehr als angespannt. Linz sitzt auf mehr als einer Milliarde Euro Schulden. Kredite für Investitionen aufzunehmen, zu dieser Finanzpolitik steht Bürgermeister Franz Dobusch (SPÖ). Stehen den Schulden doch Vermögenswerte von zwei Milliarden Euro gegenüber. Dennoch ist seine Stadt mittlerweile zur Abgangsgemeinde geworden. Heuer wird das Defizit 34,7 Millionen Euro

ausmachen. Trotzdem halten die Roten an Investitionen fest, Linz verschuldet sich in dem Jahr mit 57,9 Millionen Euro. Vor allem der öffentliche Verkehr muss ausgebaut werden. 420 Millionen Euro soll eine zweite zum Teil unterirdisch verlaufende Schienenachse durch Linz kosten – Finanzierung noch offen.

In der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2012 und 2013 geht Finanzstadtrat Mayr von einem weiteren Defizit von 29 und 26 Millionen Euro aus. Angesichts dieser Aussichten wurde eine Arbeitsgruppe mit je einem Vertreter der Stadtensparteien SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne ins Leben gerufen, die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung ausarbeiten soll. Als ersten Schritt verordnete die Stadtregierung jetzt dem Magistrat ein Sparprogramm. Die Verwaltung muss im zweiten Halbjahr 2011 zehn Prozent der geplanten Ausgaben kürzen.

Der weitere Weg, den die SPÖ einschlagen will: mehr Einnahmen durch neue kommunale Steuern. Dazu benötigen die Städte ein eigenes Steuerfindungsrecht, fordert Mayr vom Bund. Für Linz denkt er an eine

Art Nahverkehrsabgabe nach dem Vorbild der Wiener-U-Bahn-Steuer oder Nebenwohnsitz-Steuer. Den Vorschlag, eine Sondersteuer von 15 Prozent auf alkoholische Getränke in der Gastronomie einzuheben, lehnte der Gemeinderat entrüstet ab. Der Stadt hätte dies elf Millionen Euro pro Jahr bringen können.

Linz bei Schulden spitze

Die ÖVP möchte zur Linderung der Finanznot hingegen strukturelle Änderungen bei den Ausgaben. „Linz ist mit Pro-Kopf-Einnahmen von jährlich 1844 Euro die Stadt mit den meisten Steuereinnahmen, gleichzeitig hat man auch die meisten Schulden. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt 2500 Euro jährlich“, erklärt Gemeinderat Wolfgang Hattmannsdorfer.

Einsparungspotenzial sehen die Schwarzen bei den freiwilligen Leistungen wie den Förderungen, speziell im Bereich Integration. Unvorstellbar sei auch die Ausweitung des Gratis-Mittagessens in Kindergärten auf Horte und Schulen, wie dies im Sozialprogramm der SPÖ enthalten sei. Die Stadt solle sich bei den Sozialleistungen auf ihre Kernaufgabe rückbesinnen und private Träger, etwa bei der Kinderbetreuung, mit einbinden.

Reformagenda
Linz

Die bestehende Straßenbahnachse durch Linz ist an der Kapazitätsgrenze. Eine zweite ist – trotz unklarer Finanzierung – unausweichlich.

Foto: Rubra



KURZ GEMELDET

ÖSTERREICH

Telefonbetrüger versprechen Autogewinn

Linz – Die Polizei warnt vor Telefonbetrügern, die ihren Opfern mit falschen Autogewinnen viel Geld herauslocken. Seit Juni sind in Oberösterreich vier Fälle bekanntgeworden, in denen Personen bis zu 7000 Euro „Abwicklungsspesen“ auf ein türkisches Konto überwiesen haben. (red)

BURGENLAND

Schwerer Verkehrsunfall mit sieben Verletzten

Eisenstadt – Auf der Bundesstraße zwischen Trausdorf und St. Margarethen (Bezirk Eisenstadt-Umgebung) kam es Dienstagnachmittag zu einem schweren Verkehrsunfall mit sieben Verletzten. Zwei Notarztwägen, mehrere Notarztwagen und Feuerwehren wurden alarmiert. (APA)

OBERÖSTERREICH

Kritik an Einstellung des Verfahrens gegen Soko

Linz – Petra Velten, Strafrechtsprofessorin an der Kepler-Uni in Linz, kritisiert die Einstellung des Amtsmissbrauchsverfahrens gegen die Polizei-Soko Tierschützer. Die Polizei könne künftig selbst entscheiden, ob sie die Ergebnisse eines Spitzels weitergebe. (red)

derStandard.at/Panorama